



Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Mai 2022

TOP 1 **Regierungsbefragung**

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Mai die Möglichkeit, sich mit ihren Fragen direkt an die Ministerinnen und Minister der Landesregierung zu wenden.

TOP 2(a–c) **Haushaltsgesetz und Schuldentilgung**

13,5 Milliarden Euro stehen auf der Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Landesregierung für das Jahr 2022. Fast ein Drittel dieser Summe erhalten die Kommunen für ihre jeweiligen Aufgaben. Änderungen wird es über das Haushaltsbegleitgesetz unter anderem in der Landshaushaltsordnung geben. Hier geht es vornehmlich um die Neugestaltung der Bemessungsgrundlage für die Schuldenbremse des Landes. Auf Basis eines Antrags der Landesregierung soll zudem der Ausgleich der notlagenbedingten Kreditaufnahme 2021 in Höhe von 2 224 862 905,02 Euro geregelt werden. Er beginnt sieben Jahre nach der Feststellung der Notlage beginnen.

TOP 3 **Wahl Vizepräsident Landtag**

Der Landtag von Sachsen-Anhalt soll auf Vorschlag der AfD-Fraktion das Mitglied des Landtags Hagen Kohl zum Vizepräsidenten des Parlaments des Landes Sachsen-Anhalt wählen. Es ist bereits Kohls zweite Nominierung, im Oktober 2021 war er in zwei Wahlgängen an der benötigten Mehrheit gescheitert.

TOP 4 **Armut konsequent bekämpfen**

Die Armut von Menschen sei ein sich seit Jahren verfestigendes, ernstzunehmendes Problem in Deutschland, konstatiert die Fraktion DIE LINKE. Deshalb sei die Bekämpfung jedweder Form von Armut eine zentrale politische Herausforderung in Deutschland und Sachsen-Anhalt. In ihrem Antrag fordert DIE LINKE von der Landesregierung unter anderem die Erstellung eines Landesaktionsplans zur Armutsbekämpfung, der ab dem Haushaltsplan 2023ff. Berücksichtigung finden und den Rahmen für innovative Ansätze der Armutsbekämpfung schaffen soll.

TOP 5(a+b) **Änderung Schulgesetz**

(a) Das Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung soll in Sachsen-Anhalt umgesetzt werden. In einer Vereinbarung mit dem Bund ist u. a. die Verlängerung der Maßnahme Schulgeldfreiheit für Ausbildung an Schulen in freier Trägerschaft vorgesehen. Dafür ist eine Änderung des Schulgesetzes erforderlich, für die die Koalition einen Gesetzentwurf einbringt.

(b) Sachsen-Anhalt habe laut Statistischem Bundesamt einen der bundesweit schlechtesten Personalschlüssel im Bereich der Kitas, konstatiert die Fraktion DIE LINKE. Mit der nun angestrebten Änderung des Schulgesetzes sollen die gesetzlichen Voraussetzungen zur Übernahme des Schulgelds durch das Land für die Ausbildungsberufe Erzieher*innen, Kinderpfleger*innen und Sozialassistent*innen hergestellt werden. Damit soll sowohl Sicherheit für Berufsfachschulen und Fachschulen in freier Trägerschaft als auch für die Auszubildenden in diesem Bereich geschaffen werden.

TOP 6 Vergabegesetz

Im Bereich des Beschaffungswesens stelle die öffentliche Hand im Vergleich zu den privaten Auftraggebern aufgrund des enormen Auftragsvolumens den größten Nachfragesektor dar, der es ihr ermögliche, eine wirtschaftspolitische, sozialpolitische und innovative Vorbildfunktion wahrzunehmen, konstatieren die Fraktionen von CDU, SPD und FDP. Ziel des nun vorgelegten Gesetzentwurfs sei, ein zeitgemäßes und nachhaltiges Vergabegesetz zu schaffen.

TOP 7 Stand der Beratung

Der Antrag zum „Ausbau Erneuerbarer Energien als Jobmotor für Sachsen-Anhalt“ (Drs. 8/145) war von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im September 2021 eingebracht und dort in die Ausschüsse überwiesen worden. Bislang liegt dem Landtag zu diesem Beratungsgegenstand keine Beschlussempfehlung vor. Die Grünen-Fraktion macht deshalb von ihrem Recht Gebrauch, die Abgabe eines Berichts über den Stand der Ausschussberatungen zu verlangen.

TOP 8 Vorgehen gegen Linksextremisten

Auf Basis eines Antrags der AfD-Fraktion soll die Landesregierung aufgefordert werden, gegen gewaltbereite linksextremistische Bündnisse, Vereine und sonstige Organisationen, die regelmäßig Straftaten gegen den Staat, seine Einrichtungen sowie seine Repräsentanten verübten, nachhaltiger und konsequenter mit erhöhtem Personal- und Mitteleinsatz vorzugehen. Auch konkrete Möglichkeiten für Vereinsverbote, die auch gegen Internetplattformen gerichtet sein müssten, seien zu prüfen und zeitnah umzusetzen.

TOP 9 Kommunalverfassungsgesetz

Mit der letzten Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes und wahlrechtlicher Vorschriften wurden diverse Vorschriften aufgenommen, durch die das Jährlichkeitsprinzip des Haushalts durchbrochen werden konnte, um die Behebung von Fehlern in einer Haushaltssatzung bzw. Nachtragshaushaltssatzung vergangener Haushaltsjahre in verfassungskonformer Weise zu ermöglichen. Verschiedene Nachbesserungen waren nötig, ein entsprechender Gesetzentwurf war im April 2022 von der Landesregierung eingebracht worden. Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf in leicht geänderter Fassung anzunehmen.

TOP 10 Änderung Landesbeamtengesetz

Mit dem von der Landesregierung vorgelegten Gesetz erfolgt in erster Linie eine Änderung des Landesbeamtengesetzes. Außerdem werden das Ministergesetz und das Landesrichtergesetz punktuell geändert. Im Beamtenrecht soll die Familienfreundlichkeit im Rahmen der Attraktivitätssteigerung des Landes Sachsen-Anhalt zur Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung noch weiter ausgebaut werden. Es ist beabsichtigt, das Beamtengesetz des Landes Sachsen-Anhalt an die aktuelle Rechtsprechung insbesondere des Europäischen Gerichtshofs, des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts anzupassen.

TOP 11 Änderung des Ladenöffnungszeitengesetz

Mit dem von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf soll ein weiterer Schritt zur Fortentwicklung des Ladenöffnungszeitenrechts in Sachsen-Anhalt gesetzt werden. Das Ladenöffnungszeitengesetz soll neben vornehmlich redaktionellen Änderungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Verkaufsstellenöffnungen an Sonn- und Feiertagen präzisiert werden. Zudem soll ein neuer Sachgrund für Öffnungen von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen

geschaffen werden. Der Sonntag als Tag der Arbeitsruhe und als Zeit zum Innehalten soll dabei aber nicht zur Disposition gestellt werden.

TOP 12 Änderung Richtergesetz

Die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt eröffne bereits jetzt die Möglichkeit der Bildung eines Richterwahlausschusses, resümiert die AfD-Fraktion. Von dieser Möglichkeit habe der Gesetzgeber bislang jedoch keinen Gebrauch gemacht, stattdessen entscheide das Justizministerium über die Anstellung der Richter auf Probe und die Ernennung zum Berufsrichter „in einem intransparenten Verfahren ohne öffentliche oder institutionalisierte Kontrolle“. Mit einer neuen gesetzlichen Regelung möchte die AfD-Fraktion dies ändern.

TOP 13 Baudenkmal in Magdeburg

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzte sich im Februar 2022 mit einem Antrag für die Bewahrung und Sicherung von Baudenkmalen ein, insbesondere wenn sie sich im Eigentum des Landes befinden. Der nachhaltige Umgang mit den uns überlieferten Kulturdenkmalen und deren Erhalt für die nächsten Generation müssten sichergestellt werden, so die Grünen. Im konkreten Fall ging es um den im Rahmen von Sanierungsarbeiten geplanten Abriss von Haus 5 der Polizeiinspektion Magdeburg. Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt dem Landtag mit 9:4:0 Stimmen, den genannten Antrag abzulehnen.

TOP 14 Kunst und Kultur

Die Unterstützung von Kunst und Kultur, insbesondere nach zwei Jahren Corona-Pandemie, war im Januar 2022 Ziel eines Antrags der Fraktion DIE LINKE. Ihrer Ansicht nach brauche es ein Gremium aus Kunst- und Kulturschaffenden, das sich in die Haushaltsverhandlungen und in die gesellschaftlichen Debatten einbringen könne. Diesem Ansinnen wird in der Beschlussempfehlung nicht gefolgt, stattdessen soll die Landesregierung gebeten werden, eine Auswertung der Unterstützungsleistungen und eine Weiterentwicklung der landeseigenen Förderinstrumente vorzunehmen.

TOP 15 Private Unterrichtsangebote

Aufgrund des anhaltenden Mangels an Lehrkräften könne vor allem in den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen das Unterrichtsangebot nicht mehr in ausreichendem Umfang durch staatliche Lehrkräfte gesichert werden, stellt die Fraktion DIE LINKE fest. Daher soll die Landesregierung aufgefordert werden, die rechtlichen Voraussetzungen für Unterrichtsangebote privater Träger ab dem Schuljahr 2023/24 zu schaffen und deren Finanzierung sicherzustellen.

TOP 16 Lebensmittelverschwendung stoppen

In Deutschland würden jährlich circa 12 bis 18 Millionen Tonnen größtenteils noch genießbare Lebensmittel entsorgt, moniert die Fraktion DIE LINKE. Durch den Antrag der Linken soll die Landesregierung aufgefordert werden, eine nachhaltige Landesstrategie gegen Lebensmittelverschwendung mithilfe sämtlicher Akteure der Wertschöpfungskette im Rahmen einer Landesarbeitsgruppe zu erarbeiten und sich auf Bundesebene für einen Gesetzentwurf zum Wegwerfverbot von Lebensmitteln im Einzelhandel einzusetzen.

TOP 17 Neuer Wald

Neuer Wald komme nicht von allein, moniert die AfD-Fraktion und fordert von der Landesregierung in einem Antrag, sofort eine Schadensanalyse zu erstellen, die standortgenau über den tatsächlichen Waldverlust berichtet, den dadurch entstandenen ökologischen und ökonomischen Schaden quantifiziert und die zu erwartenden Folgewirkungen berücksichtigt.

Zudem soll umgehend ein Finanz- und Zeitplan mit der Zielsetzung der Erreichung einer Kompensation des Waldverlusts durch den Anbau neuer Forstkulturen erstellt werden.

TOP 18 Einrichtungsbezogene Impfpflicht aufheben

Die am 16. März 2022 in Kraft getretene Impfpflicht für Beschäftigte in Einrichtungen des Gesundheitswesens gefährde die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt, befindet die AfD-Fraktion. Die Landesregierung soll daher aufgefordert werden, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das Aussprechen von Betretungs- und Tätigkeitsverboten zu vermeiden. Zudem soll sie sich im Bundesrat für einen Gesetzentwurf einsetzen, laut dem die geltende einrichtungsbezogene Impfpflicht aufgehoben würde.

TOP 19 Wiederaufbau der Frauenklinik

„Die Politik der Landes- und Bundesregierung ist ein Grund für die Schiefelage der Krankenhäuser und erfordert entschiedenes politisches Handeln“, konstatiert die AfD-Fraktion. Laut Antrag der AfD soll sich der Landtag für die Erforderlichkeit und den Wiederaufbau einer Geburten- und Frauenheilkundeklinik am Standort Bitterfeld-Wolfen aussprechen. Zudem soll er die Entscheidung des Kreistags Anhalt-Bitterfeld respektieren, finanzielle Mittel für den Wiederaufbau der Frauenklinik mit der Geburtenstation bereitzustellen.

TOP 20 Ausgleich für Feiertage

Auf Basis eines Antrags der Fraktion DIE LINKE soll sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass im Arbeitszeitgesetz eine Kompensationsregelung für gesetzliche Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, festgeschrieben werde, welche die Gewährung eines Ersatzruhetags am nächsten Werktag, der auf den Feiertag folgt, vorsieht. Auch eine Landesregelung werde angestrebt, sollte es auf Bundesebene keine entsprechende Kompensationsregelung geben.

TOP 21 Autonomes Fahren

Technologien zum autonomen und vernetzten Fahren seien eine besondere Chance in Sachsen-Anhalt, flächendeckende Mobilität auch unter den Gesichtspunkten demografischer Wandel und Nachhaltigkeit des Verkehrssektors zu gewährleisten, meinen die Fraktionen von CDU, SPD und FDP. Entsprechende Maßnahmen im öffentlichen Nahverkehr, im motorisierten Individualverkehr, bei der Güterlogistik sowie im Fuß- und Radverkehr sollen durch den von der Koalition einzubringenden Antrag angestoßen werden.